

Tarifrunde im Einzelhandel:

Gewerkschaftsforderungen unverhältnismäßig – Arbeitsplätze in Gefahr

6. März 2026

Der Handelsverband Deutschland (HDE) sieht die gestern von ver.di in den Tarifgebieten Rheinland-Pfalz und Saarland im Einzelhandel beschlossenen Forderungen als unverhältnismäßig an und befürchtet in der Folge den unnötigen, massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen. Der Verband appelliert in diesen wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Zeiten an das Verantwortungsbewusstsein der Gewerkschaft, der Branche keinen Schaden zuzufügen. Ver.di fordert bei einer Laufzeit von zwölf Monaten monatlich 225 Euro mehr Lohn und Gehalt für die Beschäftigten. Das entspräche beim Verkäufereckgehalt im Saarland einer prozentualen Tarifierhebung um sieben Prozent, in Rheinland-Pfalz um 7,2 Prozent. In den unteren Entgeltgruppen lägen die prozentualen Steigerungen sogar bei knapp zehn Prozent. Die Auszubildendenvergütungen sollen zudem um 150 Euro steigen. Dies entspräche im 1. Ausbildungsjahr dann prozentualen Steigerungen von mehr als 13 Prozent.

„Diese ver.di-Forderungen gehen in der aktuellen Situation leider an der Realität von vielen Einzelhandelsunternehmen vorbei. Bereits vor Ausbruch des akuten kriegerischen Konflikts im Iran, kämpften die Arbeitgeber im Einzelhandel mit seit Jahren stagnierenden Umsätzen sowie mit explodierenden Kosten – so beispielsweise in den Bereichen Energie, Wareneinkauf sowie Logistik und auch Personal. Diese Probleme werden sich wegen der aktuellen Konfliktlage auf unbestimmte Zeit eher noch verschlimmern. Hinzu kommen die stetig steigenden Sozialversicherungsbeiträge und die erdrückende Bürokratie- und Regulierungslast, die den Faktor Arbeit immer noch weiter verteuern. Der gesetzliche Mindestlohn steigt zudem zum 1. Januar 2027 auf 14,60 Euro brutto pro Stunde, dies entspricht einer Steigerung seit seiner Einführung im Jahr 2015 um dann rund 72 Prozent. In dieser schwierigen Situation für alle haben die Arbeitgeber im Einzelhandel aktuell leider kaum mehr Verteilungsspielraum übrig“, so der HDE-Tarifgeschäftsführer Steven Haarke.

Zudem hatte der letzte Tarifabschluss den Beschäftigten im Einzelhandel über die Laufzeit von 2023 bis 2025 bereits insgesamt 14 Prozent Gehaltserhöhung ermöglicht und damit nachweislich auch einen Reallohngeinn. Damit besteht kein wirklicher Nachholbedarf in der Branche. Haarke: „Wenn man die heutige Forderung von ver.di im Einzelhandel im Saarland und in Rheinland-Pfalz deutschlandweit umsetzen müsste, würde das bei den Unternehmen rund 3,3 Milliarden Euro zusätzlicher Kosten auslösen. Das wäre für die Branche finanziell nicht mehr tragbar.“ Die Auswirkungen zeigen sich bereits auf dem Arbeitsmarkt: Laut Bundesagentur für Arbeit hat der Einzelhandel seit 2022 rund 60.000 sozialversicherungspflichtige Stellen verloren. „Unsere oberste Priorität muss die Zukunftsfähigkeit der Branche sowie die Sicherung der Arbeitsplätze sein“, betont Haarke. Die geforderten Lohnsteigerungen seien in der aktuellen Dynamik schlicht nicht leistbar.

**Handelsverband
Deutschland (HDE)**
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

**Leiter Presse &
Kommunikation:**
Stefan Hertel
Telefon 030/72 62 50-65
Telefax 030/72 62 50-99
www.einzelhandel.de
presse@handelsverband.de

Facebook: handelsverband
X: @handelsverband